

Michalski, Wolfgang

Article — Digitized Version

Wirtschaftspolitik - Strategie statt Improvisation

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Michalski, Wolfgang (1966) : Wirtschaftspolitik - Strategie statt Improvisation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 11, pp. 585-586

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133646>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftspolitik — Strategie statt Improvisation

Die gegenwärtige Krise in der politischen Führung der Bundesrepublik gibt Anlaß, sich nicht nur mit den sie unmittelbar auslösenden Ereignissen zu befassen, sondern darüber hinaus auch die längerfristigen Perspektiven zu betrachten. Nimmt man den ökonomischen Bereich als Beispiel, so manifestiert sich der hervorstechende Erfolg der deutschen Nachkriegspolitik vor allem in dem beispiellosen wirtschaftlichen Wiederaufbau. Nicht bewältigt hat man indessen das Problem der Preissteigerungen sowie die strukturellen Schwierigkeiten vor allem in der Landwirtschaft und im Bergbau. Eine Stahlkrise steht drohend am Horizont. Versäumt worden ist der notwendige Ausbau der Infrastruktur. Die mit viel Eifer begonnene Sozialreform ist ebenso steckengeblieben wie die ebenfalls nicht erst seit gestern diskutierte Steuer- und Finanzreform.

Man gewinnt den Eindruck, daß in erster Linie die kurzfristigen Zielsetzungen Verwirklichung gefunden haben, daß hingegen die langfristigen Probleme, sei es die Abwendung drohender Strukturkrisen, sei es die Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums auf längere Sicht, weitgehend nicht gelöst worden sind. Hier vor allem liegt die Ursache für das Unbehagen, das man bei der gegenwärtigen Krise in der politischen Führung empfindet. Der Stil der deutschen Politik entspricht wenig oder gar nicht den Erfordernissen der modernen Welt. In einer Umwelt, die intensiver als je zuvor einem permanenten Wandlungsprozeß unterworfen ist, reicht es nicht, die politische Aktivität nur auf die Erfahrungen der Vergangenheit zu gründen.

Wenn Politik mehr sein soll, als die bei uns heute nicht selten vorherrschende Ratlosigkeit und zumeist reaktive und punktuelle Bekämpfung bereits aufgetretener Schwierigkeiten, so ist die Grundvoraussetzung hierfür die systematische Auseinandersetzung mit den Perspektiven der Zukunft. Dies aber heißt Planen, und Planen bedeutet, klare Vorstellungen von der jeweils gegebenen Situation sowie von der Dynamik der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung zu haben, ein politisches Zielsystem für die Zukunft zu konzipieren, im voraus Maßnahmen zu programmieren, Konsequenzen aufzuzeigen, Alternativen nebeneinanderzustellen und damit die politischen Entscheidungen zu rationalisieren.

Konkretisierung und Präzisierung der politischen Zielsetzungen bilden den unerläßlichen Ausgangspunkt jeder Planung. Zu den Grundbedingungen sinnvoller Zielplanung gehört, daß die Zielsetzungen weder vage noch utopisch oder im Vergleich zu den gegebenen Möglichkeiten überdimensioniert sind. „Wohlstand für alle“ ist daher kein brauchbares politisches Planziel. Auf der Grenze zwischen Utopie und Überdimensionierung liegt die Zielproklamation der Bundesregierung, in einer vollbeschäftigten und wachsenden Wirtschaft absolute und nicht relative Preisstabilität erreichen zu wollen.

Nach der Konkretisierung der Ziele ist die Aufdeckung und wenn möglich Beseitigung oder zumindest Abschwächung von Zielkonkurrenzen erforderlich. Dies gilt erstens für jeden einzelnen Planungsträger. Man fragt sich beispielsweise,

ob die Bundesregierung wirklich quantifizierte Vorstellungen davon hat, in welchem Maße die von ihr praktizierte Einkommensparitätspolitik zugunsten der Landwirtschaft und ebenso die von ihr betriebene Energiepolitik seit Jahren Hemmnisse für die Verwirklichung der ebenfalls von ihr vertretenen Ziele Preisstabilität und gesamtwirtschaftliches Wachstum darstellen. Zweitens ist es notwendig, im Rahmen der Zielplanung eine Abstimmung auch zwischen den verschiedenen einzelnen Planungsträgern herbeizuführen, zumindest zwischen dem Bund, den Ländern, den Gemeinden und den Sozialversicherungsträgern. Wie sehr es hieran in den letzten Jahren in der Bundesrepublik gefehlt hat, sieht man deutlich an dem gegenwärtigen Dilemma in der Finanzpolitik.

Das dritte Erfordernis im Rahmen der Zielplanung ist schließlich die Festlegung einer gesamtwirtschaftlich orientierten Prioritätenskala. Allerdings würde dies darauf hinauslaufen, nicht nur Versprechungen abzugeben und zu beteuern, was man alles erreichen und unterstützen will, sondern gleichzeitig konkret kundzutun, welche politischen Zielsetzungen man als zweitrangig ansieht und welchen Interessenforderungen man nicht nachzukommen bereit ist.

Nicht minder schwierig als die Zielplanung ist die Erarbeitung vorausschauender Projektionen mit dem Ziel einer Antizipation hinreichend vieler möglicher Entwicklungsverläufe. Das Entscheidende ist, daß annähernd so viele Projektionen erstellt werden, wie relevante Unsicherheiten in den verfügbaren Daten, in den Verknüpfungen der Daten sowie in den Hypothesen vorhanden sind. Vergleicht man diese Art der Alternativprojektion mit den in der Bundesrepublik bisher erstellten Bedarfsfeststellungen und Ausbauplänen in den Bereichen des Verkehrswesens, des Bildungswesens, der Regionalpolitik oder gar mit der mittelfristigen Finanzvorausschau des Bundesfinanzministeriums, die erstmalig im Finanzbericht 1966 veröffentlicht worden ist, so zeigt sich deutlich, daß diese Bedarfsfeststellungen und Prognosen mit den hier geforderten Alternativprojektionen kaum etwas gemeinsam haben. Denn in den genannten Bedarfsfeststellungen kümmert man sich in der Regel weder um die Probleme der heutigen Arbeitsmarktlage und der Auslastung der Produktionskapazitäten noch um die Frage der Finanzierung. In der Vorausschau des Bundesfinanzministeriums fehlt die umfassende explizite Darstellung der zugrunde gelegten Annahmen. Und allen gemeinsam ist, daß überhaupt keine Alternativrechnungen geboten werden.

Auch wenn man die Zukunft mit wissenschaftlichen Methoden zu erhellen versucht, ist sie besonders im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung immer noch mit einem nicht zu unterschätzenden Grad von Unsicherheit behaftet. Einzig eine umfassende Alternativprojektion kann als ein hinreichend tragendes Fundament für die Formulierung realistischer und effizienter politischer Aktionsprogramme angesehen werden. Dabei müssen für vergleichbare Typen möglicher zukünftiger Entwicklungen langfristig Rahmenprogramme entworfen werden. Anschließend folgt die Detailplanung, die durch die Rahmenprogramme sachlich, zeitlich und über die verschiedenen politischen Ebenen hinweg koordiniert werden. Endlich hat viertens eine permanente Überprüfung sowohl der Zielplanung als auch der Alternativprojektionen ebenso wie der entwickelten Aktionsprogramme zu erfolgen.

Der entscheidende Unterschied dieser politischen Planung zur gegenwärtigen Praxis punktueller Improvisationen besteht erstens darin, daß nunmehr auch in einer sich in schnellem Wandel befindlichen Welt eine tatsächlich gestaltende Politik ermöglicht wird. Anhand von Planspielen könnte sich die politische Führung die Konsequenzen ihrer Entscheidung bewußt machen, bevor sie sie trifft, anstatt hinterher. Leichter als bisher könnte man sich ebenfalls der massiven Forderungen von Interessenten erwehren. Und darüber hinaus dürfte es weitaus seltener als heute vorkommen, daß die Regierung hilflos dasteht, weil sie sich unerwartet einer neuen Situation konfrontiert sieht. Denn zumindest für den größten Teil aller möglichen Fälle würde sie die anzuwendende Strategie bereit haben. Für die anderen Bereiche der Politik gilt dies im übrigen nicht weniger als für die Wirtschaftspolitik.

Wolfgang Michalski